

Jurta A. Helm

Möglichkeiten einer arbeitnehmer-orientierten Strukturpolitik: Das Beispiel Bochum

In ehemaligen Montanstädten wie Bochum, Pittsburgh oder Sheffield wird Strukturwandel als langfristiger Prozeß verstanden, der auf das Entstehen einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur mit anpassungsfähigen gewerblichen und Dienstleistungssektoren hinzielt¹. So gesehen ist Strukturwandel in Bochum inzwischen zum Dauerthema geworden. In den fünfziger Jahren bedeutete er die Bewältigung der Kohlekrise, und in den siebziger Jahren brachte er die Stahlkrise. Heute erfahren Bochum und andere Ruhrstädte die langfristigen Folgen dieser Krisen, verschärft durch die rasante Globalisierung wirtschaftlichen Handelns.

Im gleichen Zeitraum kann eine deutliche Umorientierung von Strukturpolitik beobachtet werden. Während bis in die achtziger Jahre versucht wurde, traditionelle Wirtschaftsstrukturen zu erhalten, gilt es heute, Strukturwandel durch Anpassung und Erneuerung zu bewältigen². Weiterhin kann eine deutliche Verschiebung der für die Bewältigung der Krisen verantwortlichen Akteure festgestellt werden. Wurde die Kohlenkrise noch durch Krisenkartelle auf Bundesebene beigelegt, fand die Stahlkrise keine ähnlich übergreifende Lösung. Mehr und mehr ging die Initiative auf das Land Nordrhein-Westfalen über. Hier wurden, beginnend mit dem Entwicklungsprogramm Ruhr mehrere anspruchsvolle Strukturprogramme aufgelegt, deren kumulative Wirkung allerdings den zugegeben hohen Erwartungen nicht entsprach.

Die bewußte Hinwendung zu dezentralen, lokalen und regionalen Aktionsebenen für die Beschleunigung von Strukturwandel fand 1987 mit der Formulierung der Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) durch die Landesregierung statt³. Zwei Jahre später wurde ZIM in die Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens (ZIN) umgewandelt. Mit der Entwicklung regionaler Entwicklungskonzepte wurden erstmalig kommunale, private und öffentlich-rechtliche Akteure in die Pflicht genommen. Sie wurden aufgerufen, Leitprojekte zur besseren Nutzung lokaler/regionaler Potentiale und zur Mobilisierung regionaler Eigenverantwortlichkeit für die wirtschaftsstrukturelle Entwicklung der Region zu entwerfen.

Ob diese Dezentralisierung strukturpolitischer Verantwortung in der Tat eine effektivere Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und Initiativen erlaubt, kann hier

- 1 Hesse, Joachim Jens (Ed.): Regional structural change and industrial policy in international perspective: United States, Great Britain, France, Federal Republic of Germany, Baden-Baden 1988.
- 2 Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, im folgenden MWMT (Hrsg.): Regionalisierung. Neue Wege in der Strukturpolitik Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1992, S. 5.
- 3 MWMT, Regionalisierung, S. 15.

nicht erörtert werden. Fest steht, daß die Diskussion strukturpolitischer Ansätze und Erfolge schon vor Jahren Kritik an zentralstaatlichen Politikmodellen geäußert hat⁴. Fest steht auch, daß die Umsetzung der durch ZIM und ZIN vorgegebenen Regionalisierung strukturpolitischen Handelns in Bochum und anderswo schwierig ist. Nicht nur müssen kommunale und regionale Entscheidungsträger neue Maßstäbe für Strukturpolitik erarbeiten. Darüber hinaus gilt es, handlungsfähige Akteurkonstellationen unter Einbeziehung relevanter gesellschaftlicher Organisationen zu schaffen. Zwar konnten schon verschiedene Experimente mit neuen Formen von Zusammenarbeit, besonders auf kommunaler Ebene, wie Runde Tische, Strukturräte oder Arbeitsmarktgespräche⁵ beobachtet werden. Trotzdem traf die vom Land verordnete Einbeziehung gesellschaftlicher Interessen im Sinne einer „konzertierten Aktion“ bzw. eines inszenierten Korporatismus⁶ hier und da auf erheblichen Widerstand.

Diese Rahmenbedingungen für den politischen Umgang mit Strukturwandel belegen die These von Heinze und Mitarbeiter, daß Strukturwandel nicht nur erlitten, sondern auch bewältigt wird⁷. Mein Beitrag richtet sich auf die Frage, wie arbeitnehmerorientierte bzw. gewerkschaftliche Interessen in diesen Prozeß der Bewältigung eingebracht werden können. Dabei wird davon ausgegangen, daß Gewerkschaften als demokratisch legitimierte Arbeitnehmerorganisationen wahrscheinlich am ehesten in der Lage sind, diese Interessen gezielt zu vertreten. Gewerkschaftliche Forderungen, an wirtschaftspolitischen Entscheidungen teilzunehmen, sind weder neu noch prinzipiell kontrovers. Begriffe wie Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung sind seit langem Teil des wirtschaftspolitischen Diskurses in Deutschland. Sie finden ihren Niederschlag in Gesetzen zur Selbstverwaltung der Sozialversicherungen, zur Mitbestimmung von Arbeitnehmern auf Betriebs- und Unternehmensebene und in der politischen Praxis. Das eindrucksvollste Beispiel hierfür ist wohl die Konzertierte Aktion in den ersten sieben Jahren der sozial-liberalen Koalition.

Letztlich werden gewerkschaftliche Mitwirkungsansprüche auch in der sozialwissenschaftlichen Korporatismusdiskussion rezipiert⁸. Obwohl diese Diskussion nicht davon ausgeht, daß Gewerkschaftsvertreter als gleichberechtigte Partner mit Vertretern von Kapital und Staat an wirtschaftspolitischen Steuerungsprozessen teilnehmen, ist

4 Franz Lehner u.a.: Wirtschaftsförderung als kommunale Aufgabe, in: Uwe Andersen (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, Köln 1987, S. 175ff; Joachim Jens Hesse (Hrsg.): Erneuerung der Politik „von unten“, Opladen 1986.

5 M. Mayer: Neue Trends in der Stadtpolitik – Eine Herausforderung für die lokale Politikforschung, in: Bernhard Blanke (Hrsg.): Staat und Stadt. Systematischer Vergleich und problemorientierte Analyse „dezentraler“ Politik, Opladen 1991.

6 MWMT (Hrsg.): Prozessuale Begleitforschung der Regionalisierung der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf o.J., S. 10

7 Rolf G. Heinze/Helmut Völzkow/Josef Hilbert: Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Entwicklungstrends und Forschungsperspektiven, Opladen 1992.

8 G. Lehmbruch/ P.C. Schmitter (Eds.): Patterns of corporatist policy-making, Beverly Hills/London 1982;

ihre Teilnahme doch unverzichtbar geworden, zumindest dann, wenn Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitische Priorität akzeptiert wird⁹. Im folgenden wird versucht, gewerkschaftliche Mitwirkung in strukturpolitisch relevanten wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen zu eruieren. Die vorläufigen Ergebnisse meiner Untersuchungen werden in fünf Thesen vorgestellt.

1. Wenn man davon ausgeht, daß Arbeitnehmerinteressen in strukturpolitische Entscheidungsprozesse auf lokaler und regionaler Ebene eingebracht werden sollen, stellt sich die Frage, wie diese Interessen definiert und konkretisiert werden. Bosch¹⁰ argumentiert, daß gewerkschaftliche Interessen in lokalen bzw. regionalen Arbeitskreisen diskutiert und definiert werden sollten. Entsprechende Arbeitskreise oder Gesprächsrunden sind in Bochum bisher nicht organisiert worden. Zwar befaßt sich die alle vier Jahre stattfindende Kreisdelegiertenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit strukturpolitisch relevanten Themen. Aber es ist unwahrscheinlich, daß dieses Forum für die kontinuierliche gewerkschaftliche Auseinandersetzung und die Diskussion über Prioritäten und Umsetzungsstrategien geeignet ist. Auch die vielen z.T. informellen Kontakte und Gespräche zwischen Gewerkschaftsvertretern scheinen der gewachsenen Verantwortung für kommunale und regionale Wirtschaftspolitik bisher nicht genügend Beachtung zu schenken. Dies mag u.a. daran liegen, daß die DGB-Kreisvorsitzende erst seit kurzer Zeit im Amt ist. Die starke Stellung von IG Metall und ÖTV in Bochum mag ebenfalls dazu beitragen. So könnte die relativ starke Präsenz von ÖTV-Mitgliedern im Stadtrat den Anschein erwecken, daß deren Belange effektiv vertreten werden. Das mag für die Interessen der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten durchaus zutreffen; ob darüber hinaus auch die Berücksichtigung breiter angelegter arbeitnehmer-orientierter Strukturmaßnahmen garantiert ist, scheint fraglich.

Welche Rolle spielen die Einzelgewerkschaften in der strukturpolitischen Diskussion? Auch hier gibt es konkrete Hindernisse, die einer kontinuierlichen Beschäftigung mit relevanten Fragen im Wege stehen. Als erstes wäre die traditionelle gewerkschaftliche Orientierung auf betriebliche und tarifpolitische Fragen zu nennen. Gewerkschaftliche Organisationsstrukturen, Denkweisen und Ressourcen sind primär auf diese Themenbereiche fixiert. Demgegenüber ist der Stellenwert neuer kommunaler und regionaler Handlungsebenen oft unklar. Erfahrungen in Bochum zeigen allerdings, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindbar sind. So legte die Geschäftsstelle der IG Metall schon 1988 einen Forderungskatalog zur kommunalen Wirtschaftspolitik vor, der nach Beschlußfassung den im Stadtrat vertretenen Parteien übergeben und dann von der Sozialdemokratischen Partei übernommen wurde¹¹. Mit diesem Katalog

9 Leo Panitch: The development of corporatism in liberal democracies, in: P.C. Schmitter/G. Lehmbruch (Eds.): Trends toward corporatist intermediation, Beverly Hills und London 1979.

10 Gerhard Bosch u.a.: Beschäftigungspolitik in der Region. WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Köln 1987, S. 132.

11 Helga Grebing/Ludger Hinse: Träume waren Partner der Tränen. 100 Jahre Gewerkschaft Metall Bochum 1892-1992, Bochum 1992, S. 120.

demonstrierte die IG Metall, in den Worten ihres Sprechers, daß sie sich als Teil des wirtschaftspolitischen Sachverstands der Region sieht.

2. Seit 1947 dominiert die Sozialdemokratische Partei die Bochumer Kommunalpolitik. Während dieser Zeit hat es zahlreiche Beispiele von Schulteranschlag zwischen Lokalpolitikern und Arbeitnehmerorganisationen gegeben, was Bochum (und anderen Ruhrstädten) oft den Vorwurf einer „Verfälschung“ kommunaler und gewerkschaftlicher Interessen eingebracht hat. Kann man davon ausgehen, daß dieses arbeitnehmerfreundliche Milieu für strukturpolitische Initiativen der Gewerkschaften grundsätzlich offen ist ?

Arbeitnehmervertreter sind in verschiedene wirtschaftspolitisch-relevante Gremien auf kommunaler und regionaler Ebene eingebunden. Neben dem Rat der Stadt mit seinen Ausschüssen sind die Beiräte des Arbeitsamtes und der Sozialversicherungen (z.B. die Knappschaft), der Bildungsausschuß der Industrie und Handelskammer, und die Regionale Entwicklungskonferenz mit verschiedenen Ausschüssen und Beiräten zu nennen. Es wäre aber falsch, von dieser formalen Präsenz auf materiellen Einfluß zu schließen. Einige Mitglieder des Rates und seiner Ausschüsse gaben an, sich nicht an gewerkschaftliche Vorstöße wirtschaftspolitischer Art erinnern zu können, mit Ausnahme der Belange der städtischen Bediensteten. Gespräche vermittelten auch den Eindruck, daß Arbeitnehmervertreter zwar akzeptiert sind, daß aber keine wegweisenden Vorschläge von ihnen erwartet werden. Vertreter aus Wirtschaftskreisen äußerten auch die Meinung, daß eine weitergehende oder sich in neue Bereiche erstreckende Zusammenarbeit mit Arbeitnehmervertretern nicht wünschenswert ist. Gewerkschaften bestätigen diese Sichtweisen.

Auch die Umsetzung des strukturpolitischen Forderungskatalogs der IG Metall scheint eine eher pessimistische Bewertung zu rechtfertigen. Vorschläge zur besseren Koordination wirtschaftspolitischer Maßnahmen zwischen den Trägern wirtschaftspolitischer Verantwortung im öffentlichen und privaten Bereich erwiesen sich als äußerst kontrovers. So stieß die Forderung nach Einrichtung eines Strukturrates, der sich vorrangig mit Themen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik befassen sollte, von 1988 bis Anfang 1993 auf Ablehnung bei Kommunalpolitikern und Vertretern der Wirtschaft. Gespräche mit Arbeitnehmervertretern und Kommunalpolitikern vermittelten auch den Eindruck, daß das Aufgreifen gewerkschaftlicher Initiativen bisweilen eher zufällig geschieht. In Anbetracht der formellen Einbindung von Arbeitnehmervertretern in die politischen Parteien, in den Stadtrat und in andere Gremien hätte man eine systematischere Behandlung ihrer Initiativen erwartet. Andere Forderungen des IG Metall-Katalogs hätten auch in die Diskussion der Regionalen Entwicklungskonferenz eingebracht werden können. Warum dies nicht geschah, ist nur schwer rekonstruierbar. Gewerkschaften waren hier durch einen Arbeitnehmervertreter im Beirat für Arbeitsmarktfragen präsent. An der abschließenden Diskussion und Beschlußfassung des Entwicklungskonzepts und speziell der Leitprojekte war der Arbeitnehmervertreter nicht beteiligt.

Diese vorläufigen Ergebnisse scheinen darauf hin zu deuten, daß die starke gewerkschaftliche Präsenz in der Sozialdemokratischen Partei und in kommunalen und

regionalen Gremien nicht unbedingt mit Einfluß auf die Diskussion wirtschaftspolitischer Fragen gleich zu setzen ist.

3. Kommunale Wirtschaftsförderung war in Bochum (und in anderen Montanstädten) jahrelang auf die Neuansiedlung von Firmen hin orientiert. Seit den achtziger Jahren, als die Zahl der Unternehmen, die einen neuen Standort suchten, gegen Null tendierte, konnte diese Politik nur bescheidene Erfolge zeitigen. Die werbewirksamsten Ansiedlungen während dieser Zeit, der Freizeitpark Aquadrom und das Musical Starlight, unterstreichen diese Tendenz. Beide belasteten die Stadt mit hohen Kosten, und die Arbeitsplatzeffekte blieben mager. Allerdings ist es durchaus möglich, daß diese Ansiedlungen dem Image der Stadt einen positiven Anstrich gaben und dadurch indirekte Arbeitsplatzeffekte erreichten. Dieses Argument wird jedenfalls von Kommunalpolitikern immer wieder betont.

Angesichts des geringen Spielraums für Neuansiedlungen und des Flächenengpasses für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe war es nur logisch, daß die kommunale Wirtschaftsförderung in den späten achtziger Jahren mehr und mehr die Bestandspflege betonte. Empirische Studien hatten ergeben, daß insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen ein erheblicher Bedarf an Informations- und Beratungsleistungen bestand¹². Heute beschreiben die Jahresberichte des Amtes für Wirtschaftsförderung eine breite Palette von Leistungen, die auf Sicherung und Wachstum bestehender Firmen ausgerichtet sind. Trotzdem gibt es Hinweise, daß der Bedarf an kompetenter Beratung noch nicht gedeckt ist.

Welche Arbeitsplatzeffekte haben diese Leistungen? Hier ist es sehr schwierig, präzise Angaben zu machen. Arbeitnehmervertreter äußern Skepsis gegenüber den vom Amt für Wirtschaftsförderung veröffentlichten Tabellen neu geschaffener und gesicherter Arbeitsplätze. Auch ist unklar, ob und wie Arbeitnehmerinteressen in die kommunale Wirtschaftsförderung einfließen. Zwar hat das Amt seit 1990 eine Abteilung für Arbeitsmarktfragen, die zumindest teilweise auf Initiative der IG Metall eingerichtet wurde. Die Schwerpunkte der Abteilung liegen in der Unterstützung von Existenzgründungen und im Einsatz von Fördermitteln des Landes und der EG für Qualifikationsmaßnahmen. Hier wird versucht, durch ressort-übergreifende Maßnahmenbündel in Kooperation mit Kammern und Unternehmen Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende Qualifikationsengpässe zu überwinden. Gespräche mit verschiedenen Experten deuten allerdings daraufhin, daß die ressort-übergreifende Zusammenarbeit ebenso wie die Kooperation mit öffentlich-rechtlichen Akteuren sich mitunter sehr schwierig gestaltet. Arbeitnehmervertreter scheinen kein wichtiger Ansprechpartner für das Amt für Wirtschaftsförderung bzw. die Abteilung für Beschäftigungsförderung zu sein. Dies mag daran liegen, daß das Selbstverständnis der Wirtschaftsförderung gewisse Berührungspunkte gegenüber Arbeitnehmerorganisationen impliziert. Es ist aber fraglich, ob die beschäftigungspolitischen Ziele des Amtes ohne eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit Gewerkschaften erreicht werden können.

¹² Lehner, Wirtschaftsförderung, S. 184-187.

Die obigen Ausführungen stellen die Mitwirkungschancen von Arbeitnehmervertretern an strukturpolitischen Weichenstellungen in Frage. Es wäre aber vorschnell, diese Folgerung so zu akzeptieren. Vielmehr muß sie durch zwei weitere Gesichtspunkte wenigstens teilweise qualifiziert werden.

4. Als besonders positives Faktum für die Chancen gewerkschaftlichen Einflusses auf kommunale und regionale Wirtschaftspolitik ist die im Laufe der letzten zehn Jahre doch erheblich verbesserte gewerkschaftliche oder doch zumindest gewerkschaftsnahe Forschungs- und Beratungslandschaft zu nennen. Von der Ansiedlung des Gewos-Instituts ISA Consult in Wattenscheid, der Gemeinsamen Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum/IG Metall, dem gewachsenen Netz von DGB-Technologieberatungsstellen, dem Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, um nur die wichtigsten zu nennen, profitieren Bochums Gewerkschaften direkt. Diese Denkfabriken und Beratungszentren sind in der Lage, gewerkschaftliche Initiativen zu unterstützen, und es sieht so aus, als ob dieses Angebot auch genutzt wird.

Zwar gleichen diese Forschungs- und Beratungskapazitäten das bestehende Übergewicht entsprechender Einrichtungen auf der Unternehmerseite nicht aus. Aber es ist nicht zu leugnen, daß die ideelle und sachkundige Unterstützung durch gewerkschaftsnahe Beratungskapazitäten Arbeitnehmervertreter punktuell in die Lage versetzt hat, eigene Gestaltungsvorschläge in der Öffentlichkeit bzw. in relevanten Gremien zur Diskussion zu stellen. So wurde zum Beispiel in einer 1988er Studie des Gewos Instituts (damals noch in Hamburg) auf bevorstehende Engpässe in der Wasserwirtschaft des Ruhrgebiets hingewiesen¹³. Dieses Thema wurde aufgegriffen, weil gravierende Engpässe in der Wasserversorgung sich nur hemmend auf das ökonomische Potential einer Region bzw. Kommune auswirken können. Inzwischen finden sich in der Politik des Landes neue Ansätze, die auch schon in den Kommunalhaushalten berücksichtigt werden.

Ein weiteres Beispiel betrifft die Entwicklung und Umsetzung von Strategien, die zumeist mittelständischen Unternehmern der Bergbauzulieferindustrie durch Produktinnovation und Unterstützung im Bereich neuer Technologien überlebensfähig zu machen¹⁴. Um die Umsetzungserfolge solcher und ähnlicher Initiativen zu optimieren, sollten Arbeitnehmerorganisationen über eine engere Kommunikationsstruktur zwischen Forschung und gewerkschaftlicher Praxis nachdenken. Insbesondere das höhere Bildungsprofil jüngerer Funktionäre läßt hier noch Optimierungsreserven vermuten, die ausgeschöpft werden sollten.

5. Zum Teil in den eigenen Reihen, zum Teil in Verbindung mit Forschungsstellen haben Bochums Gewerkschaften Konzepte und Vorschläge erarbeitet, die in die kommunalpolitische Diskussion eingeflossen sind und z.T. auch umgesetzt werden.

13 GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung (Hrsg.): Strukturwandel und Beschäftigungsperspektiven der Metallindustrie an der Ruhr, Hamburg 1988, S. 325ff.

14 Franz Lehner u.a.: Probleme und Perspektiven des Strukturwandels der Bergbauzulieferindustrie, Bochum 1990

So wurde schon 1988 die Einrichtung eines Bodensanierungszentrums gefordert. In Anbetracht des permanenten Flächenengpasses ist die Bedeutung eines solchen Zentrums wohl kaum zu überschätzen. Nachdem das Bundesumweltministerium und das Land Nordrhein-Westfalen die Finanzierung des Zentrums ermöglicht haben, wird es in zwei bis drei Jahren die Arbeit aufnehmen können. Die oben erwähnte Abteilung für Arbeitsmarktfragen wurde ebenfalls schon 1988 von Gewerkschaften gefordert. Vorschläge dieser Art unterstreichen gewerkschaftliche Ansprüche, als kompetente Teilnehmer an wirtschaftspolitischen Entscheidungen ernst genommen zu werden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß dem immer entsprochen wird. Im Gegenteil, einige Vorstöße erwiesen sich als konfliktträchtig. Hier sind besonders Forderungen nach Einrichtung eines Strukturrates und Maßnahmen zur effektiveren Planung und Organisation der beruflichen Bildung zu nennen.

Es ist vielleicht bezeichnend, daß diese Forderungen nur Realität werden können, wenn politische, öffentlich-rechtliche und private Akteure zusammen von der möglichen Effektivität derartiger Kooperationsversuche überzeugt sind. Das ist bisher noch nicht der Fall.

Diese vorläufige Bestandsaufnahme scheint darauf hinzudeuten, daß der Einfluß von Bochums Arbeitnehmervertretern auf wirtschafts- und strukturpolitische Maßnahmen begrenzt ist. Einerseits finden wirtschaftspolitische Weichenstellungen oft ohne gewerkschaftliche Mitwirkung statt; andererseits werden gewerkschaftliche Initiativen nicht selten ignoriert oder übergangen. Darüber hinaus kann vermutet werden, daß Vorschläge an die Adresse der Kommunalpolitik ein positiveres Echo finden als solche, die die Kooperation öffentlicher, privater und öffentlich-rechtlicher Gremien erfordern. Dies könnte bedeuten, daß Arbeitnehmer ihre wirtschaftspolitischen Ziele dann effektiver verfolgen können, wenn der in ZIN und anderen Strukturprogrammen angelegte „inszenierte Korporatismus“ Wirklichkeit wird. Diese Probe aufs Exempel hat in Bochum noch nicht stattgefunden.

Literaturverzeichnis

- Andersen, Uwe (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, Köln 1987
- Bosch, Gerhard u.a.: Beschäftigungspolitik in der Region. WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Köln 1987
- Benzler, Susanne/Heinelt, Hubert: Stadt und Arbeitslosigkeit. Örtliche Arbeitsmarktpolitik im Vergleich, Opladen 1991
- Entwicklungsagentur für arbeitsorientierte Strukturpolitik: ZIN am Scheideweg. Zwischenbilanz und Vorschläge zur Strukturpolitik in NRW, Bochum 1992.
- GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung (Hrsg.): Strukturwandel und Beschäftigungsperspektiven der Metallindustrie an der Ruhr, Hamburg 1988
- Grebing, Helga/Hinse, Ludger: Träume waren Partner der Tränen. 100 Jahre Gewerkschaft Metall Bochum 1892-1992, Bochum 1992
- Heinze, Rolf G./Völzkow, Helmut./Hilbert, Josef: Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Entwicklungstrends und Forschungsperspektiven, Opladen 1992

- Hesse, Joachim Jens (Hrsg.): Erneuerung der Politik „von unten“?, Opladen 1986
- Hesse, Joachim Jens (Ed.): Regional structural change and industrial policy in international perspective: United States, Great Britain, France, Federal Republic of Germany, Baden-Baden 1988
- Lehmbruch, Gerhard/Schmitter, P.C. (Eds.): Patterns of corporatist policy-making, Beverly Hills/London 1982
- Lehner, Franz u.a.: Wirtschaftsförderung als kommunale Aufgabe, in: Uwe Andersen (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen. Köln 1987
- Lehner, Franz u.a.: Probleme und Perspektiven des Strukturwandels der Bergbauzulieferindustrie. Bochum 1990
- Mayer, M.: Neue Trends in der Stadtpolitik – Eine Herausforderung für die lokale Politikforschung, in: Bernhard Blanke (Hrsg.): Staat und Stadt. Systematischer Vergleich und problemorientierte Analyse „dezentraler“ Politik (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 22), Opladen 1991
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Regionalisierung. Neue Wege in der Strukturpolitik Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1992
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Prozessuale Begleitforschung der Regionalisierung der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Kurzfassung. Düsseldorf o.J.
- Panitch, Leo: The development of corporatism in liberal democracies, in: P.C. Schmitter/G. Lehmbruch (Eds.): Trends toward corporatist intermediation, Beverly Hills und London 1979